



# liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte  
ausgabe februar 2011

**Herausgeber, V.i.S.d.P**

Dr. Maren Jasper-Winter  
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
liberalcentral@fdp-mitte.de

**Distribution**

700 Stück digital  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
augustin@liberal-central.de

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia Bandow,  
Anno Blissenbach, Ralf Breitgoff,  
Armin Grabs, Nikoline Hansen,  
Maren Jasper, Kurt M. Lehner,  
Katja v. Maur, Peter Pawlowski,  
Henner Schmidt, Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Christian Ebertz, Sven Hilgers,  
Alexander Knipperts

**Leserbriefe**

eter Lundkowski

**FDP Berlin-Mitte im Internet**

[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)  
[www.fdp-hackescher-markt.de](http://www.fdp-hackescher-markt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen  
geben die Meinung ihres Autors  
wieder, nicht die der Redaktion.

# liberal central

ausgabe februar 2011



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,  
die erste Runde der innerverbandlichen Wahlen des Jahres 2011,  
die Jahreshauptversammlungen der Ortsverbände, liegen hinter  
uns. Dabei haben sich unter anderem vier unserer fünf Ortsverbän-  
de in Mitte neue Vorsitzende gegeben: Der OV Gendarmenmarkt  
mit Bärbel Freudenberg-Pilster, Hackescher Markt mit dem  
Verfasser dieser Zeilen, Oranienburger Tor mit Ralf Breitgoff und  
Tiergarten mit Kurt Lehner. Weiter amtierend ist die Vorsitzende  
des OV Wedding, Bettina v. Seyfried. In den kommenden Wochen  
wird es auf Bezirksebene unsere Aufgabe sein, sachgerechte und  
ausgewogene Entscheidungen in menschlich angenehmer Atmo-  
sphäre für unseren Bezirksvorstand zu treffen und anschließend  
ebenso sachgerechte, ausgewogene und attraktive Listen für die  
Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu der Bezirksverordneten-  
versammlung Mitte aufzustellen.

Demokratie ist ein Wunsch, dem dieser Tage auch viele Menschen  
in der arabischen Welt Ausdruck verleihen. Was oft anmutet wie  
eine Erinnerung an 1989, das löst bei manchem die Sorge aus, dass  
am Ende der Entwicklung nicht der Weg in moderne Gesellschaf-  
ten, freiheitlich-demokratische Ordnungen und der Bürger „pur-  
sueit of happiness“ stehen könnte, sondern archaisch-islamistische  
Diktaturen mit einer Obsession des ewigen Kampfes gegen die  
Existenz des jüdischen Staates. Dabei greift allerdings erfreulicher  
Weise in unserer Partei die Zuversicht Raum, dass der Mensch auch  
in der arabischen Welt zum Freund der Freiheit geboren ist, nicht  
zu ihrem Feind. So trifft es zu Recht auf breite Zustimmung, wenn  
etwa Guido Westerwelle in Tunesien jede gewünschte Unterstüt-  
zung für die demokratische Emanzipationsbewegung verspricht.  
Und wo wider Erwarten narzisstisch-islamistisches Selbstmitleid mit  
seiner „anti-zionistischen“ Obsession die Macht usurpieren sollte,  
dort werden wir dem ebenso entschlossen entgegentreten.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,  
vor dem freien Menschen erzittert nicht!

Friedrich Schiller

# Frischer Wind für Hamburg

von Maren Jasper-Winter

Für frischen Wind in Hamburg sorgt die FDP mit ihrer Spitzenkandidatin „KatJA“ Suding für die Bürgerschaftswahl am kommenden Sonntag. Mit einem kleinen aktiven Einsatzteam fuhr die FDP Berlin-Mitte vergangenen Samstag in die Hansestadt, um die Hamburger Parteifreunde beim Wahlkampf zu unterstützen. Der Bezirksverband Altona nahm uns überaus freundlich auf. Der Samstag zeigte, dass es Spaß macht, auch einmal über den Tellerrand zu schauen und den Wahlkampf in einer anderen Stadt zu unterstützen. Zudem hatten wir die Gelegenheit, andere Parteifreunde kennen zu lernen und uns auszutauschen. Trotz des strömenden Regens („echtes Hamburger Schietwetter“) waren sowohl Hamburger als auch Berliner sehr motiviert.



Eine aktuelle Umfrage sieht die FDP in Hamburg bei fünf Prozent. Mittlerweile stehen die Chancen für die Liberalen gut, wieder in die Bürgerschaft einzuziehen; rot-gelb wird sogar als Option für die Hansestadt diskutiert. Dieser Erfolg wäre nicht nur für Hamburg wichtig, sondern auch ein Signal für die übrigen sechs Landtagswahlen in diesem Jahr. Mit Katja Suding bieten wir eine Politikerin, die jung, kompetent und sympathisch für die FDP wirbt. Es ist wichtig, dass neben neuen männlichen Gesichtern in der Führungsriege auch mehr Frauen auftreten. Denn nur so werden wir den Frauenanteil in der FDP und den Anteil an Wählerinnen der FDP erhöhen.

Katja Suding spricht sich klar gegen die Frauenquote aus. Dies hat in der FDP Tradition. Wir werden sehen, wie die innerparteiliche Diskussion auf dem kommenden Bundesparteitag verläuft. Denn die Liberalen Frauen haben jüngst einen Beschluss gefasst, der auf dem Bundesparteitag eingebracht wird: Ein Anteil von 40 % Frauen soll sich in jedem Gremium der Partei wieder finden.

Die Liberalen Frauen werden es schwer haben mit diesem Antrag, da dieses emotional diskutierte Thema in der FDP bei vielen Männern, aber auch Frauen auf Ablehnung stößt.

Ungeachtet der Quotenfrage müssen die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Ein Blick nach Schweden zeigt, dass es für Männer und Frauen möglich ist, Kinder zu haben und Karriere zu machen. Dort ist es nicht unüblich, den Bürotag nachmittags zu unterbrechen, die Kinder von der Kita abzuholen und abends von zu Hause aus weiter zu arbeiten. In Deutschland glauben wir dagegen immer noch daran, dass gut für eine Führungsposition geeignet ist, wer möglichst lange im Büro sitzt.

Was jedoch nicht helfen wird, ist eine Verlängerung der Elternzeit. Es ist für Frauen hilfreicher, zügig in den Beruf zurückzukehren, um den Anschluss nicht zu verlieren. Wir brauchen zudem Maßnahmen, die es einem Elternteil erleichtern, auch während der Elternzeit Kontakt mit den Kollegen zu halten. In großen Unternehmen kann es schon mal passieren, dass während der Elternzeit der E-Mail-Account gelöscht wird; die Teilnahme an Abteilungsrunden ist nach dem Motto „ganz oder gar nicht“ nicht vorgesehen. Hier gibt es noch viel zu verbessern. Wir sollten uns fragen, wie wir als Partei dazu beitragen können.

**Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte**

**Haben Sie Lust, den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt zu unterstützen? Wir könnten Ihre Hilfe dringend gebrauchen.**

Parteifreundinnen und Parteifreunde aus unserem Bezirksverband Berlin-Mitte fahren am 05. März und 12. März nach Magdeburg. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie am einem der beiden Termine dabei wären. Hin- und Rückfahrt sowie Ablauf und Mittagspause werden organisiert.

Anmeldungen und Informationen bei [FDP@Volker-Imhoff.de](mailto:FDP@Volker-Imhoff.de) oder (030) 44.67.38.31

# Entschuldung, Steuerreform vs. Geld für Bildung?

von Christian Ebertz

Es ist eine schlicht unfassbare Zahl: Die offiziell ausgewiesenen Schulden der Bundesrepublik Deutschland belaufen sich auf 1,7 Billionen Euro. Hinzu kommt noch die sogenannte implizite Staatsverschuldung der zukünftigen Haushaltsdefizite aus nicht gedeckten Leistungsversprechen wie Rentenansprüche der Angestellten und Pensionen der Beamten. Auch gewährte Bürgschaften im Rahmen der Finanzkrise sind nicht zu vernachlässigen. Seitens des Finanzministers hört man immer wieder, dass die Haushaltslage keinen Spielraum für eine liberale Steuerreform hergibt. Stimmt das wirklich? Oder müssen wir andere Wege der Staatsentschuldung suchen?



Um es vorweg zu nehmen. Der Weg könnte so einfach sein und wird nicht nur von der schwäbischen Hausfrau verstanden. Dauerhaft können die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen. Während konjunkturelle Schwankungen vom Staat hinzunehmen sind und eine Korrektur eher schädliche Wirkung hätte, besteht dringender Handlungsbedarf bei den strukturellen Defiziten im Haushalt.

Eine erste Analyse macht sehr schnell deutlich, dass das wahre Staatsschuldenproblem in der Sozialversicherung liegt und gar nicht so sehr in den Haushalten. Betrachtet man das sogenannte Zukunftspaket einmal etwas näher stellt man fest, dass es im besten Fall ein Schritt in die richtige Richtung ist, das Problem aber nicht bei der Wurzel packt. Wie die „Verschiebebahnhöfe“ zwischen Sozialsystemen und Haushalt nachhaltig zum Schuldenabbau beitragen sollen bleibt unklar. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Wegfall der Rentenversicherungspflicht für ALG II Empfänger. Bei einem Blick in das Haushaltsbegleitgesetz sieht man, dass ein Großteil der Wirkung mal wieder auf der Einnahmeseite zum Beispiel mit der Luftverkehrssteuer generiert wird.

Die Lösung liegt jedoch auf der Ausgabenseite. Wir müssen in Deutschland endlich den Mut aufbringen und unsere Ausgaben auf den Prüfstand stellen.

Die Wissenschaft schlägt verschiedene Modelle vor, die singulär sicher nicht praxistauglich sind. Bei einer selektiven Maßnahmenauswahl hingegen könnten in Summe große Wirkungen realisiert werden. Was spricht wirklich gegen das Rasenmäherprinzip alle oder fast alle Ausgaben um einen gewissen Prozentsatz zu kürzen? Nichts, wenn man zum einen mit strategisch langfristiger Perspektive einige wenige Zukunftsthemen verschont und zum anderen soziale Härten vermeidet.

Gerade bei den Zukunftsthemen wird sich jeder heute investierte Euro hundertfach auszahlen. Das gilt sicher für die Ausgaben in Bildung, die nicht nur erhöht, sondern auch sinnvoller eingesetzt werden sollten. Sozialausgaben hingegen haben einen anderen Charakter, ebenso wie Personalausgaben. Würde man beispielsweise die Personal- und Sozialausgaben für sieben Jahre einfrieren, wäre gemäß einer Studie der Stiftung Marktwirtschaft eine langfristige Tilgung der Staatsverschuldung möglich. Eine weitere Stellschraube sind die Pensionen der Beamten. Was spricht dagegen die Reformen in der Rentenversicherung der Angestellten wie beispielsweise die Rente mit 67 auf die Beamtenversorgung zu übertragen?

Es muss selbstverständlich darauf geachtet werden, dass keine gesellschaftliche Gruppe in Deutschland überbelastet wird. Aber wenn wir die Lasten gleichmäßig auf alle verteilen, werden wir die Staatsverschuldung in den Griff bekommen und die Steuer- und Abgabenlast auf einem sozial gerechten Niveau halten können. Eine Steuerstrukturreform würde Bürger und Unternehmen von unnötiger Bürokratie entlasten. Gleichzeitig müssen wir wichtige Zukunftsthemen wie Bildung anpacken. Wenn wir heute in Bildung investieren geben wir jungen Menschen eine Perspektive statt sie zukünftig durch die Sozialsysteme zu finanzieren. Alle diese Maßnahmen erfordern Mut der Regierung, sind aber letztlich der einzige Weg, um den Wohlstand Deutschlands auch für zukünftige Generationen zu sichern.

Christian Ebertz ist stellvertretender Vorsitzender des OV Gendarmenmarkt

# Tunesien nach der Revolution

von Alexander Knipperts

Der erste Schritt der Tunesischen Revolution ist unumkehrbar: Präsident Ben Ali hat das Land verlassen und wird – wenn überhaupt – Tunesien nur als Gefangener wieder betreten. Seit dem 26.01.2011 wird er mit internationalem Haftbefehl weltweit gesucht, zusammen mit weiteren sechs Mitgliedern seines Familienclans.



Innenpolitisch ist der Prozess der Umwälzung dabei jedoch in vollem Gange – mit offenem Ergebnis. Bereits am 28.01. fiel die erste Übergangsregierung nach tagelanger Belagerung der Regierungsgebäude durch Demonstranten, die sich an der fortgesetzten Präsenz der Ben Ali Partei RCD störten. Nun ist nur noch Premierminister Ghannouchi ein Relikt aus der alten Zeit in der ersten Reihe. Doch in allen Ministerien und in den Verwaltungen, erst recht in den Provinzen sind die alten Schärge weiterhin vertreten. In vielen Landesteilen hat die Ernennung „neuer“ Gouverneure zu teilweise heftigen Protesten geführt.

Auch wenn die Auflösung der Präsidentenpartei RCD inzwischen beschlossene Sache ist – weder die Akteure, noch die Interessen, die in ihr gebündelt waren, werden einfach verschwinden. Wie mit den geschätzt bis zu 160.000 Mitgliedern der Staatspolizei umgegangen werden soll ist offen. Besonders brutal aufgetretene Gruppen und Personen wird man zur Rechenschaft ziehen müssen. Aber wie geht man mit den abertausenden Spitzeln und Blockwarten um, die man nicht einfach auf die Strasse setzen oder einsperren kann? Ebenso müssen die weitverzweigten Netze wirtschaftlicher Beteiligungen und Besitztümer der Diktatur abgewickelt werden. An schwierigen Herausforderungen mangelt es wahrlich nicht.

Die wichtigste Neuerung, die die tunesische Revolution bislang hervorgebracht hat, ist die Politisierung der gesellschaftlichen Mitte des Landes. Die meisten, insbesondere die jungen Tunesier haben sich in der Vergangenheit apolitisch verhalten. Sie werden die zukünftige politische Gestalt Tunesiens bestimmen und über Gewinner und Verlierer der ersten freien Wahlen in Tunesien entscheiden. Bislang ist diese Gruppe jedoch nur schwach strukturiert, politische Parteien haben bislang kaum eine Rolle gespielt. Die legalen Oppositionsparteien der Blockopposition haben in der Gesellschaft kaum Rückhalt, die Parteien der illegalen und der Exilopposition sind den meisten Menschen gänzlich unbekannt. Die Stabilität der Grundlagen für die zweite Tunesische Republik wird maßgeblich davon abhängen, wie gut es gelingt diese bislang führerlose Mittelschicht politisch repräsentativ zu organisieren.

Die Wirtschaftselite des Landes hat eine Schlüsselrolle dabei gespielt, die Gewichte zugunsten der Protestbewegung zu verschieben. Schon seit einiger Zeit herrschte wachsender Unmut unter Unternehmern darüber, dass die ausufernde Korruption des Präsidentenclans das wirtschaftliche Wachstum von tunesischen Unternehmen hemmte. So hat der Unternehmerverband Institut Arabe des Chefs d'Entreprise, mit dem die Friedrich Naumann Stiftung in Tunesien seit vielen Jahren eng zusammenarbeitet, schnell reagiert und engagiert sich nachdrücklich für eine Demokratisierung und den Ausbau der marktwirtschaftlichen Ordnung. Soll das Land seine wirtschaftliche Entwicklung erfolgreich fortsetzen, müssen diese Stimmen sich im neuen System Gehör verschaffen können.

In den kommenden Monaten wird in Tunesien eine Vielzahl von neuen zivilgesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Organisationen entstehen, deren Ziele aus einer liberalen Perspektive Unterstützung verdienen. Die Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit, deren erstes Auslandsbüro vor über 40 Jahren in Tunesien eröffnet wurde, kann dabei auf ein langjähriges und weitreichendes Netz an Partnerkontakten bauen, um den Tunesiern beim demokratischen Aufbau zu helfen.

Alexander Knipperts, Projektleiter Maghreb der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Zum Thema

## Hartz IV: Die Opposition muss liefern

von Ralf Breitgoff



Das einzig Positive an der zunächst gescheiterten Hartz-IV-Reform ist, dass jetzt doch weiter verhandelt wird. Klar ist aber auch: Die Opposition ist ihrer Verantwortung bisher nicht gerecht geworden, die ihr aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zukommt. Sie verhält sich wie ein Passant, der einem Bettler 200 Euro in den Hut schmeißt, in der Hoffnung, dass er morgen doch bitte schön aus dem Stadtbild verschwunden sei.

Die Bundesregierung hat – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – die Hartz-IV-Sätze transparent neu berechnet. Fünf Euro sind der Opposition zu wenig. Eine schlüssige Gegenrechnung ist sie bis heute schuldig geblieben. SPD und Grüne folgen einem alten Denkmuster. Es muss halt nur ein bisschen mehr sein, dann klappe das schon mit der Menschenwürde. Als ob sich Würde in Geldeinheiten messen lässt.

Eine halbe Milliarde Euro hat die Bundesregierung für ein Bildungspaket bereitgestellt. „Zu wenig!“, ruft Verhandlungsführerin Manuela Schwesig, ohne auch nur im Ansatz konkrete Gegenvorschläge zu formulieren. Das gleiche Schema! Im Bildungspaket aber steckt mehr als eine Musikstunde hier oder ein Fußballtraining dort. Die Bundesregierung will auch künftig mehr Geld in Bildung zu investieren. Davon kann und wird das Bildungspaket nicht unberührt bleiben. Man muss es aber erst einmal auf den Weg bringen, um es weiterentwickeln zu können. Der Blockadegeist eines Oskar Lafontaine hilft da wenig, am wenigsten den betroffenen Kindern.

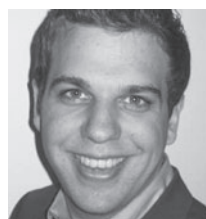
Schließlich geht es um equal pay in der Zeitarbeit. Das ist sicherlich ein berechtigtes Anliegen, hat aber nichts mit der Hartz-IV-Reform zu tun. Dieses Thema gehört zu allererst in die Hände der Tarifparteien. In der Stahlindustrie haben die Gewerkschaften entsprechende Regelungen mit den Arbeitgebern vereinbart. In anderen Branchen agieren sie merkwürdig passiv. Glaubwürdig ist das nicht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Ralf Breitgoff ist der Vorsitzende des OV Oranienburger Tor

Zum Thema

## Generationengerechtigkeit

von Sven Hilgers



Der polnische Finanzminister sorgte im vergangenen November mit einem unkonventionellen Vorschlag für Kopfschütteln bei seinen europäischen Kollegen. In der Debatte um die Neugestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes forderte er, dass bei der Betrachtung der jährlichen Neuverschuldung die Kosten für etwaige Rentenreformen abgezogen würden. Künftig könnten Staaten ihre laxe Haushaltsführung mit allerlei Reformbemühungen erklären und so ein Eingreifen Brüssels verhindern.

Genauer betrachtet, macht dieser Vorschlag jedoch einen wichtigen Punkt. Denn er bezieht mit ein, dass die tiefere Ursache der Eurokrise nicht die Verschuldung alleine ist, vielmehr sind die Verschuldungskrisen Folgen unverantwortlicher Politik. Beispielsweise hat Irland vor der Finanzkrise eine vorbildliche Haushaltsdisziplin gehabt, aber die private Verschuldung vollkommen aus dem Blick verloren. In Griechenland hat sich gezeigt, dass eine Rente, die nach dem Gießkannenprinzip verteilt wird, den Staatshaushalt bis zur Pleite hin belasten kann. Auch Portugal ist der Beweis, wie fehlende wirtschaftliche Reformen das ganze Land bedrohen. Bei allen drei ist das Ergebnis ähnlich: der Staat ist nur schwerlich in der Lage sich zu refinanzieren. Die Ursachen sind jedoch in der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt zu verorten. Dabei ist entweder die implizite Staatsverschuldung über Renten und Sozialleistungen angewachsen oder die private Verschuldung ist in unverantwortliche Höhen gestiegen.

Ein effizienter und schlagkräftiger Stabilitäts- und Wachstumspakt muss diese Kriterien beachten, um zukünftige Krisen schon im Keim zu ersticken. Dafür müssen die Staaten Rentensysteme modernisieren, den Arbeitsmarkt zukunftsfähig machen und unverantwortliche private Verschuldung bremsen. Den Weg den sie dabei wählen bleibt ihnen überlassen, das Ziel muss eine nachhaltige Haushaltspolitik sein und dies muss von der EU überwacht werden.

Sven Hilgers ist stellvertretender Vorsitzender des OV Wedding und Vorsitzender der Liberalen Hochschulgruppe Berlin

Aus dem Abgeordnetenhaus

## „Sowohl als auch“ taugt zum Regieren sicher nicht

von Kai Gersch



Der Begriff der „Dagegen-Partei“ ist, zumindest was die Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus betrifft, nicht zutreffend. Die Bezeichnung „Sowohl-als-auch-Partei“ trifft es da schon eher. Und in manchen Parlamentsdebatten schafft es die grüne Fraktionselite sogar ein entschlossenes „Wir sind dagegen weil wir dafür sind“ zu artikulieren.

Bisher ist die Grünen-Fraktion damit gut gefahren. Doch seit Renate Künast vom Olymp der Bundespolitik herabgestiegen ist und verkündete, neue Herrscherin über die Berliner Bevölkerung werden zu wollen, schaut man sehr oft in verdrießliche Gesichter grüner Abgeordneter.

Der Realitäts-Check vieler Kernpunkte im grünen Kosmos erweist sich als Quadratur des Kreises: Energetische Sanierung aber ohne steigende Mieten, wirtschaftlicher Aufschwung aber ohne Metropolflughafen und A100, drastische Kürzungen bei der Investitionszulage für Krankenhäuser aber eine qualitativ hochwertige Krankenversorgung sind nur einige Beispiele aus den letzten Monaten die deutlich zeigen das diese Wohlfühlpolitik bereits auf den Oppositionsbänken unglaublich ist.

In der letzten Aktuellen Stunde zum Thema Verbraucherschutz bei Lebensmitteln wurde auch deutlich dass die Grünen zwar von Verbraucherschutz und unbelasteten Lebensmitteln für alle Berliner reden aber besserverdienende und elitär denkende Gutmenschen meinen. Wer sich keine teuren Bio-Produkte leisten kann oder will ist eben selber schuld.

Beim Thema linke Gewalt wird die Janusköpfigkeit noch deutlicher. Während die Fraktionsführung erklärt dass man an einer friedlichen Lösung bei der Räumung der Liebigstraße 14 interessiert sei verteilen Abgeordnete Flugblätter der radikalen linken Szene und bekunden öffentlich Sympathie für Randalen und Körperverletzung.

Ob diese Politik bei Wahlen erfolgreich ist bleibt abzuwarten. Regieren mit einer „Sowohl als auch“ Agenda wird es sicher nicht.

Kai Gersch MdA ist Vorsitzender des BV Spandau

Aus der Landespartei

## Solider Haushalt und mehr Mitbestimmung der Bürger

von Henner Schmidt



Der Landesvorstand beschäftigt sich weiterhin vor allem mit dem Wahlprogramm und der Wahlkampf vorbereitung. Die Ergebnisse – wie derzeit der 1. Entwurf zum Wahlprogramm – werden Ihnen regelmäßig präsentiert.

Bei der thematischen Ausrichtung der Berliner FDP sollten wir die großen gesellschaftlichen Veränderungen bedenken, die sich derzeit anbahnen. Das Modell des schuldenfinanzierten Verteilens von Wohltaten ist an sein Ende gelangt. Dies gilt nicht nur für die Euro-Krise, sondern auch für den Berliner Haushalt. Wir müssen die staatlichen Ausgaben an das anpassen, was wir uns leisten können. Dies bedeutet, zusätzliche massive Einschnitte bei den Ausgaben durchzuführen und gleichzeitig alles zu unternehmen, die Berliner Wirtschaft zu entwickeln, damit mehr Steuereinnahmen zur Verfügung stehen. Nur so können wir eine zukunftsfähige finanzielle Basis für Berlin schaffen und die öffentlichen Leistungen erhalten, die uns allen wichtig sind. Das ist ein Kernthema der FDP, während z.B. die Grünen (die eine halbe Milliarde Euro Zuschüsse für energetische Gebäudesanierung fordern) und die CDU (die den öffentlichen Dienst wieder aufblähen will) die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben.

Auch die festgefahrenen Mechanismen der derzeitigen Ausprägung der repräsentativen Demokratie sind in eine Krise geraten. Insbesondere die Entscheidungen zu Großprojekten ziehen sich viel zu lange hin und erzeugen trotz aller formalen „Bürgerbeteiligung“ ein generelles Misstrauen gegen das Handeln gewählter Regierungen. Ob Stuttgart21 oder Berliner Wasserbetriebe – die Bürger wollen mehr mitentscheiden. Eine rechtzeitige Einbindung der Bürger auf der Basis fundierter Information und Diskussion könnte das bürgerliche Engagement erhöhen, Verfahren beschleunigen und verlorenes Vertrauen in demokratische Prozesse wieder herstellen. Gerade die FDP als Bürgerrechtspartei wäre gut beraten, den Bürgern mehr Mitbestimmungsrechte zuzugestehen.

Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt) vertritt den Bezirk Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist Beisitzer im FDP-Landesvorstand

Aus der BVV-Fraktion

## Auf's Eis gelegt

von Peter Pawlowski, Fraktionsvorsitzender

Es ist manchmal verwunderlich, an welchen kleinen Dingen man die wahre Natur einer Partei erkennen kann. Im Januar hat die FDP-Fraktion einen Antrag in die BVV eingebracht, in dem wir das Bezirksamt zum flexiblen Umgang mit dem Verbot der Salzstreuung auf den Gehwegen aufgefordert haben. Zur Erinnerung; Die eisige Kälte im Dezember und Januar ließ nicht nur das öffentliche Nahverkehrssystem kollabieren. Nicht nur die Berliner S-Bahn blieb stehen- alles andere wäre eine echte Überraschung- erhebliche Verspätungen gab es auch bei den Bussen und bei der U-Bahn. Gelitten haben aber auch die Fußgänger, vor allem wegen unpassierbarer Gehwege. Unpassierbar, weil tagelang viele Gehwege – im Gegensatz zu den Hauptstraßen – in Berlin schwer vereist waren. Der Grund: auf den Hauptstraßen darf Salz gestreut werden, auf den Gehwegen nur Granulat. Wer gegen das Verbot verstößt, dem drohen Bußgelder bis zu 10.000,00 Euro! Die Presse berichtete: „Fußgänger versuchten, sich wie auf Rutschbahnen im Zeitlupentempo zur Arbeit durchzukämpfen. Im Unfallkrankenhaus Marzahn wurde ein rapider Anstieg von Knochenbrüchen registriert. Es gebe ähnlich viele Verletzte wie beim großen Kälteeinbruch im Februar 2010“ (Welt-Online; 06.01.2011).

Insgesamt mussten in den vergangenen Monaten tausende Menschen mit Knochenbrüchen behandelt werden. Darunter befinden sich auch einige Schwerverletzte. Doch das alles liess die zuständige Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) buchstäblich kalt. „Streusalz ist eine Gefahr für Straßenbäume und alle anderen Pflanzen. Wer Gehwege oder Grundstücke mit Hilfe von Streusalz von Eis und Schnee befreit, nimmt in Kauf, dass unsere Bäume geschädigt werden“, so Junge-Reyer. Die Fakten sehen jedoch anders aus. Wie der Berliner Pflanzenschutzamt mitteilte, bestehe zurzeit keine akute Gefahr die Gesundheit des Straßenbaumbestandes. Um zumindest in Ausnahmefällen (extreme Kälte!) Salzstreuung auf den Gehwegen zu ermöglichen, hat Frauke Sander den entsprechenden Antrag in die BVV eingebracht. Vorbild war eine ähnliche Regelung in Niedersachsen. Niemand hätte vermuten können, welche Emotionen unsere Initiative hervorrufen würde. Bündnis 90/Die Grünen nahmen das harmlose Ersuchen der FDP zum Anlass, die Liberalen als eine Rechtsbruch-Partei zu bezeichnen. Nicht einmal eine Wortmeldung der Grünen konnte die „Umweltfraktion“ zur Besinnung bringen.

Kurz um: der FDP-Antrag wurde mit den Stimmen der SPD, der Grünen und Linken abgelehnt. Eine jiddische Redewendung lautet: hatslokhe u brokhe – Hals- und Beinbruch. Diesen wünschen wir bei dem nächsten Kälteeinbruch niemandem, sogar den Umweltfanatikern aus Berlin-Mitte nicht.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363; Bürozeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

OV Gendarmenmarkt

## Vertrauen zurückgewinnen

von Katja v. Maur, Redakteurin des OV

Nach nur kurzer Verschnaufpause startete der OV Gendarmenmarkt bereits am 14. Januar 2011 gut gelaunt in das neue Jahr und wählte auf seiner Jahreshauptversammlung die ehemalige Staatssekretärin für Gesundheit, Soziales und Frauen (Sachsen-Anhalt), Bärbel Freudenberg-Pilster, zur neuen Vorsitzenden. Sie stimmte die zahlreich erschienenen Mitglieder auf den anstehenden Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung ein, den sie als größte Herausforderung der nächsten Monate bezeichnete. Es gelte vor allem, das Vertrauen für die FDP zurückzugewinnen. Unterstützt wird sie von den ebenfalls neu gewählten Stellvertretern Christian Ebertz und Wolfgang Bindseil, Schatzmeister Jörg Kleis sowie den neu gewählten Beisitzern Henner Schmidt (MdB), Armin Grabs und Teresa Erlinger-Ruttloff. Die langjährigen Vorstandsmitglieder Dr. Stefan Scholz (Vorsitzender), Thomas Waterstradt und Ingo Kamps (stv. Vorsitzende) sowie Juliane Homuth traten aus beruflichen Gründen nicht wieder an, werden aber für die heiße Wahlkampfphase wie gewohnt zur Verfügung stehen.

OV Hackescher Markt

## Gelebte Liberalität

von Anno Blissenbach, Redakteur des OV

In herzlicher Atmosphäre, die den Ortsverband Hackescher Markt seit Beginn des Jahrzehnts auszeichnet, wurde am 07.02.2011 im "Simon" die Jahreshauptversammlung abgehalten. Die gewonnene Harmonie zeigte sich sowohl in den lobenden Redebeiträgen der Aussprache, als auch bei den turnusmäßigen Vorstandswahlen, die ohne Kampfkandidaturen und ohne Gegenstimmen erfolgten.



Ohne Quote oder freiwillige Selbstverpflichtung wurden von den 20 Vorstands- und Hauptdelegierten-Ämtern 9 mit Frauen besetzt. Der Frauenanteil in Führungspositionen liegt mit 45 % somit weit über dem der FDP-Mitgliedschaft. Bei keinem Kandidaten-vorschlag hat die Gender-Frage irgend eine Rolle gespielt: Alle Personen wurden gewählt, weil es sich um überzeugende Kandidatinnen und Kandidaten für die jeweiligen Ämter handelt. Gelebte Liberalität im OV Hackescher Markt!

OV Oranienburger Tor

## Aufbruch statt Trübsal

von Ralf Breitgoff, Redakteur des OV

Der Abschied von einer verdienten und geschätzten Vorsitzenden hätte zu einem traurigen Ereignis werden können. Die JHV des OV Oranienburger Tor am 13.01.11 „Cum laude“ jedoch endete in einem regen Gedankenaustausch bis Mitternacht und mit einem echten Gefühl des Aufbruchs. Das war angesichts der aktuellen Lage nicht zwingend zu erwarten. Es hat sich ergeben, weil die richtigen Menschen zusammenfanden und sich gegenseitig ihr Engagement erklärten. Prägend war die Absicht des neu gewählten Vorstands, sich wegen eines zurzeit nicht immer zufriedenstellenden Bildes in der Öffentlichkeit nicht verunsichern zu lassen. Vielmehr war sich der neue Vorstand einig, die Herausforderungen des anstehenden Wahlkampfes beherzt in Angriff zu nehmen. So entstand an diesem Abend so etwas wie eine positive Verschwörung, die die Zukunft der Partei nicht in der Trauer um vermeintlich schon verlorene Prozente sieht, sondern in ihrem Potential Berlin mit liberalen Inhalten nach vorne zu bringen.

OV Wedding

## Ausblicke

von Claudia Bandow, Redakteurin des OV

Am 14.01.2011 fand die JHV des Ortsverbandes Wedding im Centre Francais statt. Unter reger Anteilnahme von 11 Mitgliedern liefen die Wahlen zu den einzelnen Gremien reibungslos ab. Einen Ausblick auf die Organisation des Wahlkampfes im Ortsverband gab uns Volker Imhoff, der auch zum Wahlkampfleiter ernannt worden ist. Die Parteifreunde Hartmut Bade und Sven Hilgers gaben Ausblicke auf die von ihnen geplanten Veranstaltungen für das Jahr 2011. Die Vorsitzende des OV, Frau Dr. Bettina von Seyfried, wurde wiedergewählt und wir freuen uns darüber, dass Sie trotz beruflicher Veränderungen weiterhin den Ortsverbandsvorsitz weiterführen wird.

OV Tiergarten

## Mit viel Schwung

von Nikoline Hansen, Redakteurin des OV

Mit viel Schwung hat der frisch gewählte Vorstand des OV Tiergarten unter seinem neuen Vorsitzenden Dr. Kurt M. Lehner die Arbeit aufgenommen und erste Pläne für die aktive Arbeit vor Ort geschmiedet. Zum Brunch im Februar wird der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe Markus Löning zu Gast sein, im März Dr. Ramona Schröder, Chefin der Arbeitsagentur Mitte. Um den Kontakt mit der Bevölkerung vor Ort zu intensivieren wird eine Bürgersprechstunde im Rathaus eingerichtet. Die bereits im letzten Jahr begonnene Veranstaltungsreihe mit FDP-Politikern soll als „Bürgerforum“ fortgesetzt werden. Frischen Wind gibt es auch für den Internetauftritt: mit Twitter und Facebook setzen wir auf Web 2.0. Einen Schwerpunkt setzen wir auf die inhaltliche Arbeit: „Wir sind gut aufgestellt und machen den Bürgern ein attraktives Gegenangebot zum rot-rot-grünen Filz in Stadt und Bezirk“ betont Dr. Kurt M. Lehner, Direktkandidat der FDP zur Bundestagswahl 2009 in Berlin-Mitte.

JuLis Mitte

## Hoch motiviert

von Armin Grabs, Vorsitzender

Nach einem spannenden Landeskongress, auf dem u.a. unser nun ehemaliger Vorsitzender Justus Leonhardt zum Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen Berlin gewählt wurde, stimmten auch die JuLis Berlin Mitte am 02. Februar auf der Jahreshauptversammlung über einen neuen Bezirksvorstand ab. Aus den Vorstandswahlen ging ein junges Team aus erfahrenen und neuen Mitgliedern hervor. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen des neuen Bezirksvorstandes für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken. Auf der noch folgenden Vorstandsklausur werden wir unsere Aufgabenbereiche abstecken und die ersten Projekte planen.

Hoch motiviert freuen wir uns auf ein spannendes – und sicherlich auch anstrengendes – Wahlkampfjahr. Nur gemeinsam können wir es schaffen, die Wähler von der liberalen Idee zu überzeugen. Daher werden wir JuLis schnellstmöglich die Wahlkampfplanung beginnen, aber natürlich auch die inhaltliche Arbeit im neuen Amtsjahr nicht zu kurz kommen lassen.

## Personalien

(au) Wie alle zwei Jahre wieder standen in unseren Ortsverbänden 2011 Neuwahlen zu den Ortsverbandsvorständen an. Den Anfang machte am 13.01. der OV Oranienburger Tor, wo die BVV-Verordnete und bisherige Vorsitzende **Frauke Sander** sich aus dem Amt zurückzog und **Ralf Breitgoff** zu ihrem Nachfolger gewählt wurde. Wiedergewählt wurden die Stellvertreter **Helmut Abrell** und **Christian Platzer** sowie Schatzmeisterin **Wencke Jasper**, jeweils erstmals als Beisitzer gewählt wurden **Fabian Römer**, **Nikolai v. Schoepff** und die ehemalige Vorsitzende Frauke Sander. Am 14.01. folgte die Jahreshauptversammlung des OV Wedding, welcher als einziger OV in Mitte mit **Bettina v. Seyfried** die gleiche Vorsitzende hat wie zuvor. Neu im Amt sind Stellvertreter **Volker Imhoff** und **Sven Hilgers**, wiedergewählt ist Schatzmeisterin **Claudia Bandow**. Die Beisitzer sind je neu im Amt **Hartmut Bade**, der ehemalige Stellv. Vorsitzende **Nikita Höll** sowie der BVV-Verordnete **Peter Lundkowski**. Am gleichen Tag schritt der OV Gendarmenmarkt zur Wahl, wo an jenem Abend eine Ära zu Ende ging, als der langjährige Vorsitzende **Stefan Scholz** den Staffelstab des Ortsverbandes an Staatssekretärin a.D. **Bärbel Freudenberg-Pilster** übergab. Ihre Stellvertreter sind jeweils neu im Amt **Christian Ebertz** und **Wolfgang Bindseil**, wiedergewählt Schatzmeister **Jörg Kleis**. Neu sind alle drei Beisitzer, unser AGH-Abgeordneter **Henner Schmidt** MdA, der zwei Wochen später zum Bezirksvorsitzenden der Jungen Liberalen gewählte **Armin Grabs** sowie **Teresa Erlinger-Ruttloff**. Am 03.02. folgte der OV Tiergarten, dabei übergab auch hier mit Parteifreund **Michael Saß** ein langjährig engagierter Vorsitzender den Staffelstab an einen Nachfolger, seinen bisherigen Stellvertreter und Sprecher unseres Bezirksausschusses Mitte, **Kurt M. Lehner**. Auch im OV Tiergarten sind beide stellvertretenden Vorsitzenden, **Erich Schmid** und **Volker Jach**, neu im Amt, wiedergewählt als Schatzmeister **Michael Herrmann**. Neu als Beisitzerin ist **Patricia Steinmann**, bereits zuvor in dieser Funktion waren **Donald Tuckwiller** sowie **Philipp Ehmann**. Den Abschluss bildete am 07.02. der OV Hackescher Markt, dem seither der bisherige stellvertretende Vorsitzende **Nils Augustin** vorsitzt, Stellvertreterinnen sind wie bisher **Agnes Ciuperca** und neu die Stellv. BA-Sprecherin **Katharina Peter**. Das Schatzmeisteramt übt künftig wie schon in der Vergangenheit **Burkhard Grell** aus, der dem Ortsverband seit seiner entsprechenden Nachwahl im vergangenen Jahr vorgesessen hatte. Beisitzer sind weiterhin **Thilo Maluch** sowie neu in dem Vorstand **Madeleine Voigt** und **Alexander Grabert**.

(au) Auf ihrem Landeskongress am 15. Januar haben die Jungen Liberalen Berlins sich turnusgemäß einen neuen Vorstand gegeben. Nach drei Jahren im Amt des Landesvorsitzenden kandidierte **David Issmer** (Foto, Gendarmenmarkt), während dessen verbandstypisch langer Amtszeit der schon von seinen Vorgängern bereitete Weg hin zu einem Vorzeige-Verband vollendet wurde, nicht erneut; seine



Verbands- und seine Wahlkampfführung werden an den liberalen Lagerfeuern unvergessen bleiben. Sein Nachfolger kommt ebenfalls aus unserem Bezirk Mitte: Mit 90 Prozent der Stimmen wurde **Justus Leonhardt** (Foto, OT), bislang Vorsitzender des BV Mitte der Julis, zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Leonhardt sieht das Jahr 2011 klar im Zeichen der Wahlen in Berlin im September: „Rot-Rot hinterlässt Berlin als ‚failed state‘.“



Unterstützt wird Leonhardt in der politischen Arbeit des kommenden Jahres von seinen drei Stellvertretern **Richard Boeck**, **Anna Dietrich** und **Friedrich „Fritz“ Ohnesorge** (Reinickendorf) sowie dem bewährten Schatzmeister und Mitglied des FDP-Landesvorstandes, **Sirko Schulz** (Lichtenberg). Unter den Beisitzern im Landesvorstand aus dem BV Mitte **Ise Schmidt** und **Frederike Schimak**. Auf der Jahreshauptversammlung der Julis Mitte am 01. Februar wurde als Nachfolger von Leonhardt im Wettbewerb zweier Kandidaten **Armin Grabs** (Foto, Gendarmenmarkt) gewählt. Schatzmeister der Mitte-Julis ist **Björn Borchert**, die stellvertretenden Vorsitzenden sind **Philipp Ehmann** (Tiergarten) und **Jennifer Münchow** sowie **Philip Lamle**, Beisitzer im Vorstand sind **Daniel Keye**, **Josephine Dietzsch**, **Charlotte Rathke**, **Lars Borchert**, **Holger Sieg** sowie **Jenny Langner**.



(au) Wenn der Start ins Wahljahr am 20. Februar in Hamburg klappt, dann haben auch die Parteifreunde in Berlin-Mitte einen Beitrag geleistet. Am 05.02. konnte Spitzenkandidatin **Katja Suding** Wahlkampf mit einer Unterstützungsexpedition aus unserem Bezirk machen, initiiert von **Erwin Loßmann** und organisiert von **Volker Imhoff** (beide Wedding). Expeditionsteilnehmer waren unsere Bezirksvorsitzende **Maren Jasper-Winter** (OT), unser AGH-Abgeordneter **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), der Vorsitzende des OV Hackescher Markt **Nils Augustin** und **Volker Jach**, **Peter Loske** (beide Tiergarten).

## Leserbriefe

Peter Lundkowski (OV Wedding)

In den letzten Tagen konnte man mal wieder sehr zufrieden mit der Arbeit und dem politischen, souveränen Verhalten eines FDP-Politikers sein: mit Hellmut Königshaus. Mit seinen 2 Berichten, dem Jahresbericht 2010 und mit dem internen Report über die Situation der Kadetten an Bord der Gorch Fock, mit dem Truppenbesuch in Afghanistan und den Bericht darüber hat der Wehrbeauftragte als Erster auf die Missstände in Teilen der Bundeswehr aufmerksam gemacht und damit nicht nur den Bundestag, sondern auch die Öffentlichkeit darüber informiert. In seiner ruhigen Art legte er Wert auf Sachlichkeit, verschleierte nichts, rügte Führungsmängel bei der Truppe und nahm davon auch den Minister nicht aus – allerdings nicht aggressiv und polternd. Nahtlos setzte Hellmut Königshaus damit seine Arbeit in den Untersuchungsausschüssen fort. Nun aber noch deutlicher von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen – fast ausnahmslos positiv (siehe ausführliche Berichte und Kommentare in der Morgenpost und auch im Tagesspiegel). Insgesamt hat er damit endlich mal wieder ein positives Bild von einem FDP-Politiker geliefert.

Wir freuen uns über Post.

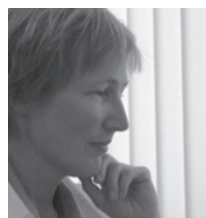
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
redaktion@liberal-central.de

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu  
veröffentlichen oder zu kürzen.

## Schlusswort

# Bürgerrechte vs. Bürgerwut

von Nikoline Hansen



Die Welt ist in Aufruhr – in der arabischen Welt vertreibt der Unmut der Bevölkerung die Diktatoren. In Deutschland verhindert der Unmut Bahnprojekte oder zwingt die Politik, sich an ihr Wort zu erinnern: Die Änderung der Flugrouten in

Berlin ist ein Beispiel, und die erfolgreiche Volksabstimmung über die Offenlegung der Verträge über den Verkauf der Berliner Wasserwerke hat gezeigt, dass die Bevölkerung nicht mehr gewillt ist, das Fehlverhalten der Politiker schweigend hinzunehmen. Direkte Demokratie kann, wenn sie sinnvoll eingesetzt wird, ein gutes Instrument sein, um im Vorfeld von Entscheidungen Weichen zu stellen, und so auch die Politik auf den Boden der Tatsachen zurück zu bringen. Der rot-rote Filz in Berlin treibt wahrlich merkwürdige Blüten: Statt dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur stimmt, demonstriert Herr Wowereit seit an Seit mit dem Bürger gegen seine eigene Politik. Das ist Rückschritt statt Fortschritt. Kein Wunder, dass der Bürger verdrossen ist. Politik muss Verantwortung übernehmen. Transparenz und mehr Bürgerrechte, das sind Ziele, für die sich die FDP traditionell einsetzt und die wir nicht aus den Augen verlieren werden.

Dr. Nikoline Hansen ist Redakteurin des OV Tiergarten bei LC

	<b>OV Gendarmenmarkt</b>	<b>OV Hackescher Markt</b>	<b>OV Oranienburger Tor</b>	<b>OV Tiergarten</b>	<b>OV Wedding</b>
<b>Vorsitzender</b>	Bärbel Freudenberg-Pilster	Nils Augustin	Ralf Breitgoff	Kurt M. Lehner	Bettina v. Seyfried
<i>Stellvertretender Vorsitzender</i>	Christian Ebertz	Agnes Ciuperca	Helmut Abrell	Erich Schmid	Volker Imhoff
<i>Stellvertretender Vorsitzende/r</i>	Wolfgang Bindseil	Katharina Peter	Christian Platzer	Volker Jach	Sven Hilgers
<b>Schatzmeister</b>	Jörg Kleis	Burkhard Grell	Wencke Jasper	Michael Herrmann	Claudia Bandow
<i>Beisitzer</i>	Henner Schmidt	Thilo Maluch	Fabian Römer	Patricia Steinmann	Hartmut Bade
<i>Beisitzer</i>	Armin Grabs	Madeleine Voigt	Nikolai v. Schoepff	Donald Tuckwiller	Nikita Höll
<i>Beisitzer</i>	Teresa Erlinger-Ruttloff	Alexander Grabert	Frauke Sander	Philipp Ehmann	Peter Lundkowski

## Termine

### Februar 2011

- 23.02. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 28.02. 19.00 h BV Mitte: **Jahreshauptversammlung** des Bezirksausschusses – mit Neuwahl des Vorstandes und Antragsberatung – im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1)
- 27.02. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** – mit Markus Löning – im Walhalla (Krefelder Str. 6)

### März 2011

- 01.03. 19.00 h AGH-Fraktion: **Diskussionsveranstaltung** „Was bleibt von Multikulti?“ – mit Kai Gersch MdA, Dr. Stefan Luft – im Abgeordnetenhaus von Berlin (Niederkirchner Str. 5), Festsaal
- 01.03. 20.00 h JuLis Mitte: **Mitgliederversammlung** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 07.03. 18.00 h AGH-Fraktion: **Diskussionsveranstaltung** „Handwerk hat goldenen Boden - auch in Berlin?“ – mit Christoph Meyer MdA, Volker Thiel MdA, Stephan Schwarz – im Abgeordnetenhaus von Berlin (Niederkirchner Str. 5), Festsaal
- 07.03. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – Thema: die Entwürfe zu den Wahlprogrammen in Land und Bezirk u.a. – im Simon (Auguststr. 53)
- 09.03. 18.00 h AGH-Fraktion & BV Tempelhof-Schöneberg: **Politischer Aschermittwoch** – mit Dr. Martin Lindner MdB und Björn Jotzo MdA – in der „Remise No.1“ (Mariendorfer Damm 88-90)
- 09.03. 19.30 h OV Tiergarten: **Offene Vorstandssitzung** im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1)
- 10.03. BV Mitte: **Bezirkswahlversammlung** zur Aufstellung der Bezirks-Liste und der Direktkandidaten der FDP in Mitte für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und der Liste für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung Mitte – Info [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)
- 27.03. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** – mit Dr. Ramona Schröder – Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 29.03. 19.30 h LV Berlin: **Jahreshauptversammlung des Landesausschusses** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal
- 30.03. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de). Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).